

Politik gegen Diskriminierung in der Schule?

Lorenz Lassnigg

(lassnigg@ihs.ac.at; www.equi.at)

Input zum "Dialog-Forum, 3. Summerschool Department Migration und Globalisierung"

Gmunden, 1.-5. August 2011

Einleitung

Der vorliegende Beitrag präsentiert im ersten Teil kurz einige neuere Befunde zur Behandlung von Menschen mit Migrationshintergrund in Bildung und Arbeitswelt in Österreich und präsentiert im zweiten Teil einige Auswertungen von verfügbaren Daten zur Situation der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im österreichischen Schulwesen. Dabei wird insbesondere der Frage nachgegangen, was die Daten zur Sonderschule und zum sonderpädagogischen Förderbedarf möglicherweise dazu aussagen. Im dritten Teil werden kurz Daten zu den weiterführenden Karrieren diskutiert.

1. Menschen mit Migrationshintergrund: einige Befunden zu Bildung und Beschäftigung

Um zunächst die Bevölkerung etwas abzugrenzen zeigen die Daten von Statistik Austria, dass ca 20% der österreichischen Bevölkerung Migrationshintergrund haben, grob die Hälfte davon sind AusländerInnen, die andere Hälfte eingebürgert oder 2. Generation. Davon sind 38% (bzw. 8% der Wohnbevölkerung) aus EU-Ländern, 30% (6%) aus Ländern des Ex-Jugoslawien, 13% (3%) aus der Türkei und 19% (4%) aus allen anderen Ländern der Welt. Es besteht eine starke räumliche Konzentration der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund mit deutlich erhöhten Anteilen (25% bis fast 50%) in Wien (darunter wieder in bestimmten Bezirken), Wels, und Salzburg und mit durchschnittlichen Anteilen in den übrigen Landeshauptstädten, sowie in Teilen Vorarlbergs und Tirols und in niederösterreichischen Bezirken südlich von Wien. Auf der anderen Seite gibt es auch weite Gebiete mit kleinen Anteilen von um 5% im nördlichen Oberösterreich, im nördlichen und südlichen Niederösterreich, in der Ost-, Süd, und Weststeiermark, sowie in Osttirol.

Der Anteil der SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache (hier sind also die zugewanderten deutschen EU-SchülerInnen nicht erfasst) beträgt gesamt etwa 15%, mit einem deutlichen Unterschied zwischen Wien (mit fast 40%) und den anderen Bundesländern mit Anteilen zwischen über 5% und unter 15%.

Vergleicht man den Bildungsstand der Wohnbevölkerung mit Migrationshintergrund mit der gesamten Wohnbevölkerung, so besteht ein gravierender Unterschied zwischen den aus EU-Ländern Zugewanderten, die einen deutlich höheren Bildungsstand haben (gegen 50% Matura oder Hochschule ziemlich unabhängig vom Alter), und den Zugewanderten Nicht-EU-Ländern, die einen deutlich niedrigeren Bildungsstand haben (unter den jüngeren beträgt der Anteil mit maximal Pflichtschule 40%, dieser steigt bei den Älteren auf gegen 70%, jeweils mehr als das Doppelte der Gesamtbevölkerung). Ähnliches zeigt sich bei der beruflichen Position, wo der Anteil in niedrig qualifizierten Berufen bei den Nicht-EU-ZuwanderInnen gegen 50% geht, und auch 30-40% der jüngeren und mittleren Altersgruppen (Frauen) nicht erwerbstätig sind. Vergleicht man die berufliche Nutzung der EinwanderInnen mit anderen Ländern, so zeigt sich insgesamt ein sehr hoher Anteil, der jedoch v.a. und auch vergleichsweise erhöht in wenig qualifizierten Berufen, und gleichzeitig vermindert in höher qualifizierten Berufen tätig ist. Im Vergleich mit anderen Ländern zeigt sich tendenziell (am Beispiel der ZuwanderInnen aus Polen), dass diese in Österreich deutlich weniger hoch gebildet sind, als in anderen Ländern.

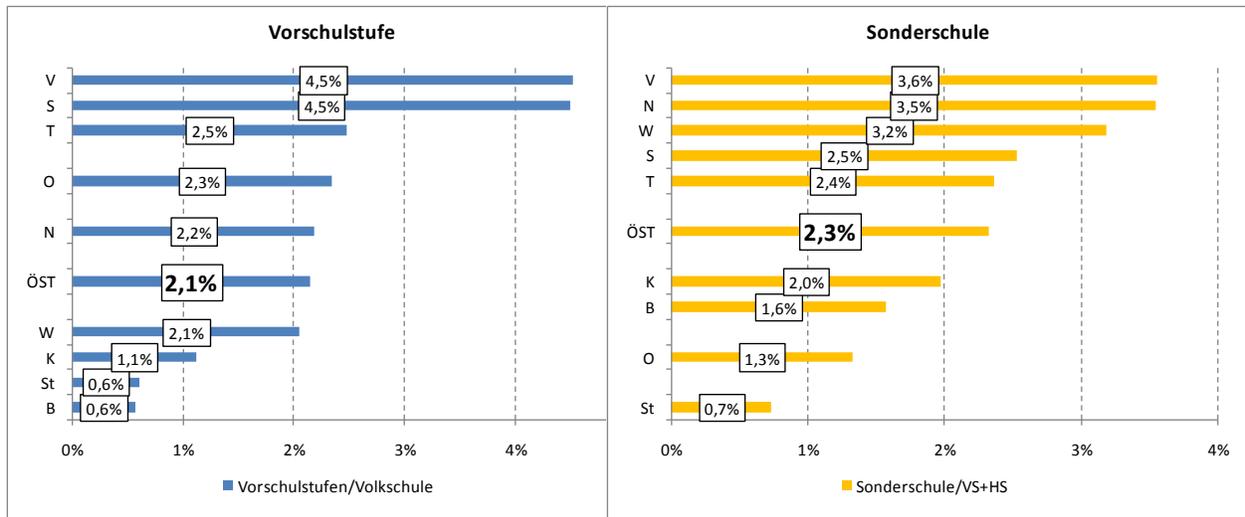
Betrachtet man den Anteil der SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache nach Schultypen, so ergibt sich ein charakteristisches Bild: dieser Anteil ist in den Sonderschulen und den Neuen Mittelschulen deutlich erhöht (gegen 30%), und in der AHS-Oberstufe (ca. 13%), den BHS (ca. 12%), der Lehrlingsausbildung (gegen 10%) und v.a. in den lehrerInnenbildenden Schulen (ca. 3,5%) sukzessive stärker vermindert. Differenziert man stärker nach Schultypen, so wird ersichtlich, dass insbesondere in den kaufmännischen mittleren Schulen (Handelsschulen) der Anteil sehr stark erhöht ist, wie sich auch ein deutlicher Unterschied zwischen BMS insgesamt (ca. 17%) und BHS (ca. 12%) ergibt.

2. Sonderschulen und sonderpädagogischer Förderbedarf

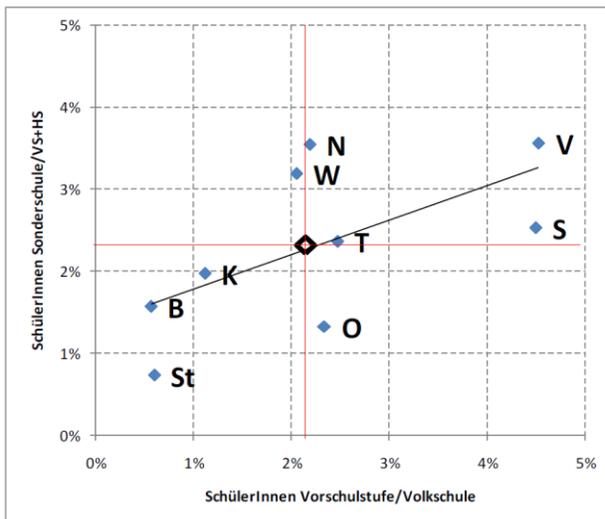
Die Grafiken 1 und 2 zeigen beträchtliche Unterschiede, in denen die verschiedenen Bundesländer von der Vorschule und der Sonderschule Gebrauch machen. Diese beiden Merkmale sind auch positiv verbunden, je mehr Vorschule, umso mehr Sonderschule, wobei hier die Relationen etwas unterschiedlich sind: es gibt drei Gruppen von Bundesländern: Steiermark, Oberösterreich und Salzburg machen vergleichsweise im Verhältnis zur Vorschule etwas weniger von der Sonderschule Gebrauch; drei bis vier Bundesländer liegen etwa auf der Regressionslinie (Burgenland, Kärnten, Tirol, und leicht erhöht Vorarlberg); schließlich machen Wien und

Niederösterreich in mittlerem Ausmaß von der Vorschule Gebrauch, der Anteil der Sonderschule ist jedoch erhöht. Es muss dazu gesagt werden, dass die Anteile auf beiden Achsen unter 5% liegen. Dennoch stellt sich natürlich die Frage, ob das SchülerInnenpotential in den Bundesländern so unterschiedlich ist, dass sich diese Unterschiede rechtfertigen.

Grafik 1: SchülerInnen der Vorschulstufe relativ zur Volksschule und SchülerInnen der Sonderschule relativ zur Volksschule und Hauptschule nach Bundesländern



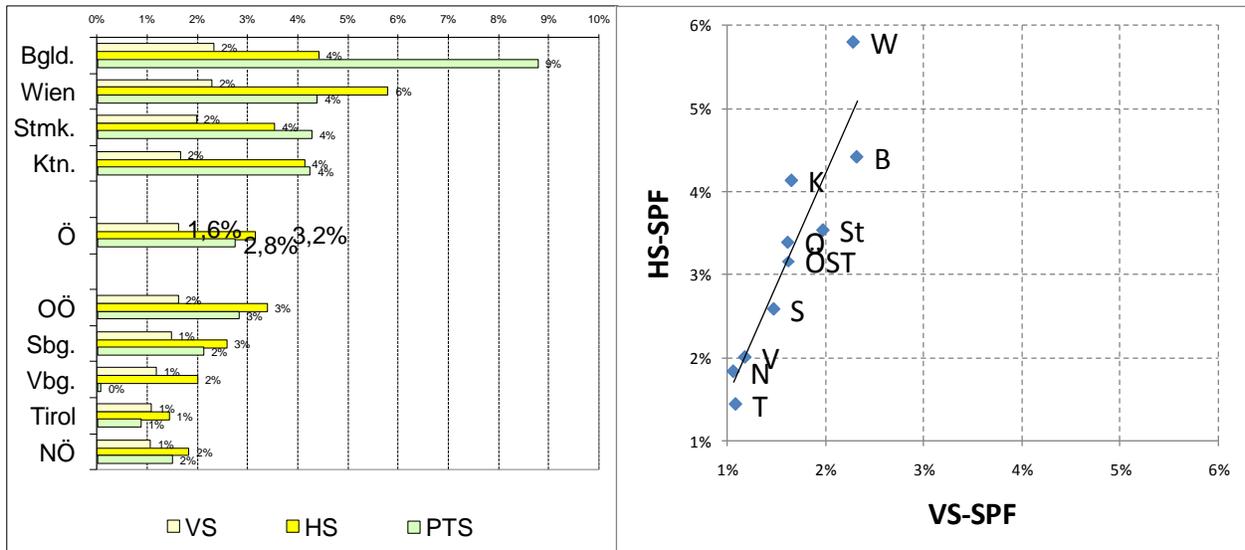
Grafik 2: Scattergramm der Vorschulanteile gegen die Sonderschulanteile



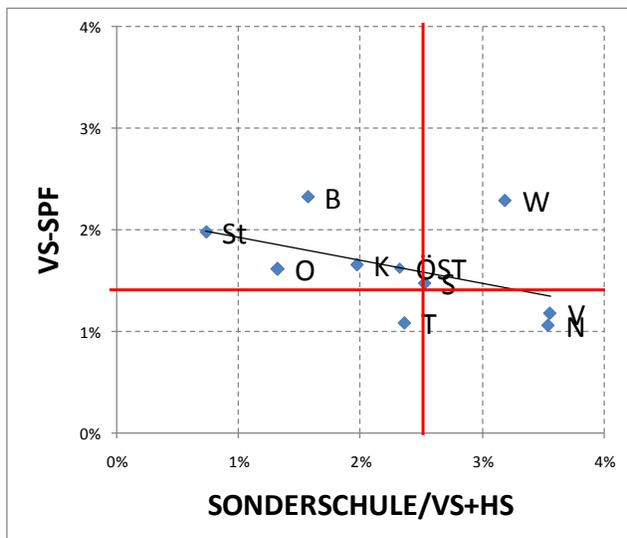
Nun gibt es in Österreich nicht nur die Segregation in der Sonderschule, um SchülerInnen mit besonderem Bedarf zu unterrichten, sondern auch die ‚integrierte‘ Form des sonderpädagogischen Förderbedarfes (SPF). SchülerInnen dieses Typs bringen zusätzliche Ressourcen in eine Klasse,

sie bekommen jedoch, solange dieses Merkmal besteht, ein Zeugnis der Sonderschule. Grafik 3 zeigt die Anteil des SPF nach Bundesländern und die deutliche positive Korrelation zwischen Volks- und Hauptschule.

Grafik 3: Anteil der SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Volks-, Haupt-, und Polytechnischer Schule, sowie Scattergramm der Anteile der Volksschule gegen die Hauptschule



Grafik 4: Scattergramm Sonderschule relativ zu Volks- und Hauptschule gegen SPF an Volksschulen

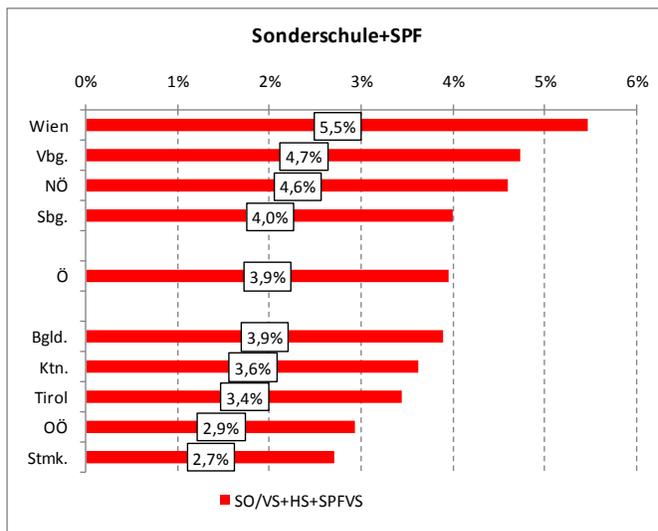


Vergleicht man nun den relativen Einsatz von SPF gegen den Einsatz der Sonderschule (Grafik 4), so ist ersichtlich, dass der Einsatz in den meisten Bundesländern substitutiv erfolgt, eine Ausnahme

macht Wien, wo beides stark eingesetzt wird. Wenn man die beiden Werte addiert, so ergibt sich ein bereinigter Anteil der SchülerInnen, die besonders betreut werden (Grafik 5).

Man kann nun diesen bereinigten Anteil mit dem Ausmaß an Migrationshintergrund vergleichen, um zu sehen, ob diese beiden Merkmale systematisch zusammenhängen. In diesem Fall müsste man von Diskriminierung sprechen. Grafik 6 zeigt einerseits die besondere Stellung Wiens, wo das hohe Ausmaß an Migrationshintergrund auch mit einem deutlich erhöhten Anteil an besonderer Betreuung zusammenhängt. In den anderen Bundesländern zeigt sich ebenfalls tendenziell ein derartiger Zusammenhang mit der Steiermark bei beiden Merkmalen am unteren Ende und Vorarlberg bei beiden am oberen Ende. Oberösterreich und Niederösterreich nehmen jeweils gegenteilig eine Sonderstellung ein: bei etwa mittlerem Anteil an Migrationshintergrund ist der Anteil der Sonderbetreuung in Oberösterreich vergleichsweise vermindert und in Niederösterreich vergleichsweise erhöht.

Grafik 5: Anteile Sonderschule und SPF

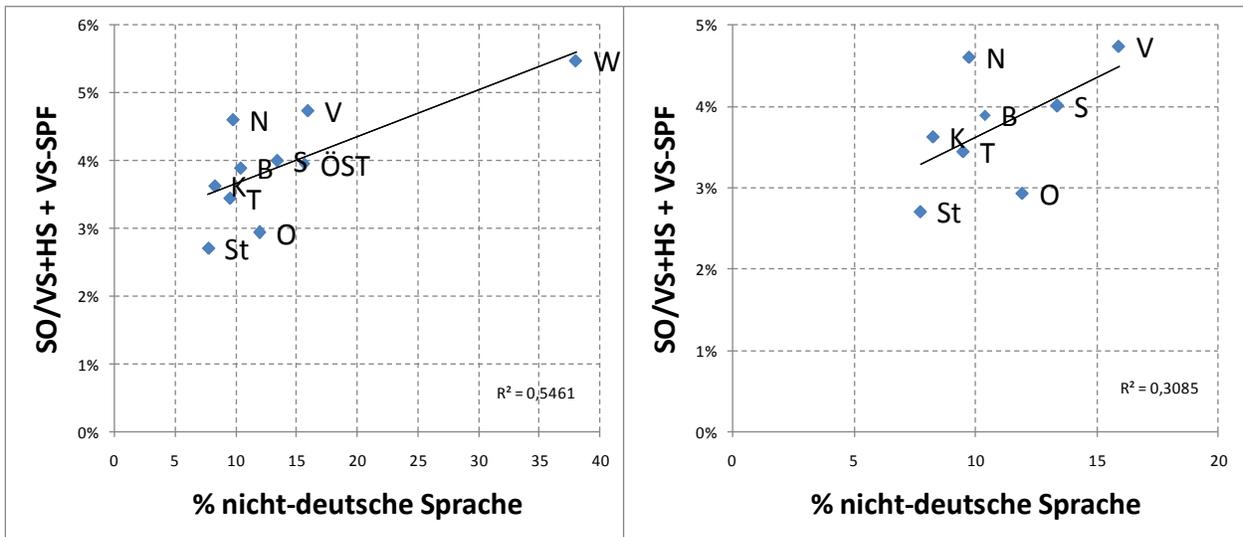


Eine zweite Art des Vergleiches, der ebenfalls ein Maß für Diskriminierung angibt, wäre der Vergleich der SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache in der Sonderschule mit dem entsprechenden Anteil an allen SchülerInnen (Grafik 7). Die rote Linie gibt die Punkte an, wo diese Anteile gleich hoch wären, d.h. die Wahrscheinlichkeit, mit Migrationshintergrund die Sonderschule zu besuchen nicht erhöht wäre. Tatsächlich zeigt die Grafik, dass diese Wahrscheinlichkeit in den meisten Bundesländern erhöht ist. Ausnahmen machen am ehesten das Burgenland, Kärnten und die Steiermark, am stärksten diskriminiert in dieser Betrachtung

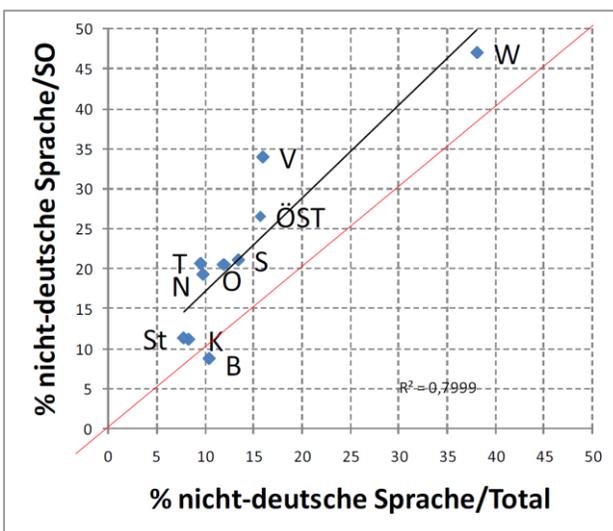
Vorarlberg.

Man bekommt aus dieser Betrachtung also Hinweise dafür, dass die österreichischen Bundesländer in unterschiedlichem Ausmaß beim Einsatz von Sonderschule bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf gegen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund diskriminieren.

Grafik 6: Vergleich des bereinigten Sonderschulanteils mit dem Anteil der SchülerInnen nicht-deutscher Muttersprache; Bundesländer mit und ohne Wien



Grafik 7: Vergleich des Anteils der SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache in der Sonderschule mit dem Anteil nicht-deutscher Muttersprache insgesamt



3. Weiterführende Schulen

Auch beim Besuch weiterführender Schulen besteht nach den Auswertungen von Statistik Austria ein Zusammenhang zum Migrationshintergrund. In der 5.Stufe sind ca. 34% der deutschsprechenden und 27% der nicht-deutschsprechenden SchülerInnen in einer AHS (-7 Prozentpunkte), bis zur 9. Stufe verändert sich diese Relation auf 61% vs. 45% in einer höheren Schule (-16%). Auch bei den Übertrittsquoten von der Unterstufe in die Oberstufe zeigen sich Unterschiede. Von der Hauptschule treten 39% (deutsch) vs. 24% (nicht-deutsch) in eine höhere Schule über (-15%) und von der AHS-Unterstufe ist die Differenz geringer (92% vs. 89%, -3 Prozentpunkte), wenn man es also in die AHS-Unterstufe geschafft hat, dann ist der weitere Weg besser gesichert.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Darstellungen und Auswertungen zeigen, dass es in der Gesellschaft wie auch im Schulwesen Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Österreich nimmt viele ZuwanderInnen auf, die jedoch v.a. aus dem Nicht-EU-Raum eine vergleichsweise niedrige Qualifikation haben, die auch nur wenig genutzt wird. Die junge Generation wird mit erhöhter Wahrscheinlichkeit einer sonderpädagogischen Behandlung unterzogen und hat auch weniger Entwicklungschancen beim Übergang in weiterführende Schulen.

Ein wichtiger Aspekt ist die regionale Konzentration der Zuwanderung, die unterschiedliche Ressourcen nötig macht, während aber die Verteilungsmechanismen nach Bundesländern, wie auch die politischen Mechanismen eher gegen gezielte Ressourcenverteilungen wirken.